

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1919 Nr. 13

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Umkreis monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75, halbjährlich Mk. 7,00, jährlich Mk. 12,50, einschließlich Post und Porto. —
Halle: Kasse, Saale; Leipzig: Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5809 und 5910. — Postfachkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 8. Januar

Anzeigenpreis: Stilles Innenleben in Halle 20 Pf., einschließlich in Halle 25 Pf., —
Berliner Anzeigen in Halle 10 Pf., abends nach Halle, jedoch nur bei bestimmten Tagen.
Gefachsstelle Berlin: Bernburger Str. 90. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 0290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Heile, Halle-Saale

Die Regierung bleibt fest

Berlin, 7. Januar.

Wie erfahren, daß die seit gestern schwebenden Verhandlungen zur Einigung zwischen den Regierungssocialisten und den Unabhängigen und dem Spartakusbund heute in später Abendstunde endgültig gescheitert sind. In unterirdischen Kreisen wird die Austragung des Kampfes mit Waffengewalt als unabwendlich gehalten. Die Regierung hat dem Volksbeauftragten Roste neue Vollmachten erteilt und im unbeschränkte Befehlsgewalt über die Regierungstruppen eingeräumt. Auf die militärischen Dispositionen Rostes haben jetzt weder Ebert noch Scheidemann einen Einfluß. Gouverneur Roste sucht mit aller Energie die Kampferichtigkeit der Regierungstruppen zu erhöhen und hat umfassende Vorkehrungen für den bevorstehenden Kampf getroffen.

Wie es heißt, sind bereits zwei Divisionen Regierungstruppen, die im Vorort Dahlem lagerten, im Anmarsch auf Berlin.

In der Beratung der Regierung mit den vier Oberleuten der Unabhängigen, Dittmann, Kaufsch, Dr. Weißfeld und Dr. Gohn-Nordhausen, die um 11 Uhr in der Reichstagskammer begann, verbarrikete die Regierung unbedingt auf ihrem Standpunkt, daß als Vorbedingung zu den Verhandlungen zwischen beiden Parteien die Räumung aller seit Sonntag besetzten Gebäude anzuzeigen wird. Die Unabhängigen erklärten dagegen, daß diese Frage Gegenstand der Verhandlungen sein müsse.

Die Regierung stellt im Laufe der Verhandlungen folgende Bedingungen:

1. Gefährliche Waffen müssen abgeliefert werden, das heißt, es soll eine vollständige Abrüstung aller Zivilisten stattfinden.
2. Wiederherstellung der vollen Pressefreiheit, das heißt, Aufhebung der Besetzung der Zeitungsbetriebe, die Unabhängigen haben zu diesen Bedingungen sich noch nicht endgültig erklärt.

Daß die „Freiheit“ hat die Vertretung der U.S.P.D. (Unabhängige Sozialist. Partei Deutschlands) beschlossen, eine Resolution zu verlesen, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, bis sie den Parteien ihre guten Dienste an. Sie schloß dem Zentralrat und der Reichsregierung auf der einen Seite und dem Generalsekretär der U.S.P. in Berlin und den revolutionären Oberleuten und Vertrauensmännern auf der anderen Seite vor, in Verhandlungen einzutreten und die Differenzpunkte einer Kommission zur Schlichtung zu überweisen.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen kam es im Laufe des gestrigen Tages an fünf Stellen zu Zusammenstößen, bei denen es Tote und Verwundete gegeben hat. Auch in der Nacht haben Straßenkämpfe vor der Reichstagskammer stattgefunden. Spartakus verlor einen Handkoffer auf die Reichstagskammer. Die Regierungstruppen feuerten. Es gab 30 Tote und mehr als 40 Verwundete.

Die „Freiheit“ erhielt vom Polizeipräsidenten gefesselt die Nachricht, daß sich an der Kaiserin der Frontiere in der Kaiserin Straße heftige Kämpfe abspielten. Bestenfalls dürfte dort gewesen sein, daß einige Marine-Landflieger verhaftet werden sollten. Auch einige Automobiler mit Munition wurden von Frontieren angeschlossen und mit Beschoß belegt. Bei diesen Kämpfen sind außer vielen Verwundeten auch 15 Tote zu beklagen. Ferner wird mitgeteilt, daß auch vom Kriegsministerium aus geschossen sein soll, wodurch acht Personen getötet und zehn schwer verwundet wurden.

Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht an der Spitze des Blattes folgende Erklärung: Am Montag nachmittag besetzten die revolutionären Arbeiter und Soldaten die Druckerei der „Deutschen Zeitung“. Die „Deutsche Zeitung“ wird weiter erscheinen wie bisher.

Berlin, 7. Januar.

Die Zeitungsbefreiung, nach der Generalsekretär Morhoff von Sittenburg in Berlin eingetroffen sei, entspricht nicht den Tatsachen.

Hamburg, 7. Januar.

Seute nachmittags gegen 3 Uhr wurde das Organ der Reichstagskassen, die „Halle'sche Zeitung“, von Seiten des Spartakus-Bundes besetzt.

Eine „Errungenschaft“ der Revolution

In einer Betrachtung über die gegenwärtigen politischen Zustände in Deutschland schreibt der „Berliner Lokal-Anzeiger“: Mit durchschlagendem Erfolg ist im Sturm der Revolution nur die Sozialisierung der Umgangssprache erfolgt. Räucher, Räucher, Bluff, Lüge, Lügenhaftigkeit, Schwindel usw. sind Ausdrücke des höchsten Bedarfs geworden. Wir finden sie in den Reden, von denen die Revolution und ihre Errungenschaften

immer aufs neue gepriesen werden. Die „rote Fahne“, die „Freiheit“, der „Kommunismus“ und das „Berliner Tageblatt“ beschäftigen sich auf diese Weise untereinander und mit der Außenwelt. Bei einer bürgerlichen Meißelung der Nationalversammlung würden wir zur parlamentarischen Umgangssprache zurückkehren, die uns erlaubt, auch mit anderen Völkern wieder zu verkehren. Was müssen sie wohl denken, wenn wir uns gegenseitig mit so prächtigen Reden besetzen; das Bürgerium muß dafür sorgen, daß sie solchen Sprachschub nicht als angemessen für uns halten.“ — Das Blatt hat durchwegs recht. Leider aber ist diese Umgangssprache der Revolutionäre nicht nur in ihrer Presse und in ihren Versammlungen üblich geworden, sondern auch bei Demonstrationen und Besprechungen auf offener Straße. Und die schlimme Folge ist, daß sie auch die Jugend angeht und sich eine erschreckende Verrohung in Ausdrucksweise, Ton und Betragen der Jugend allenthalben auf den Straßen bemerkbar macht, die uns nach lange an die „großartigen Revolutionen“ erinnern wird.

Das Auswärtige Amt arbeitet nicht

Staatssekretär Graf Hauke hat gestern im Rote der Reichstagskassen mitgeteilt, daß er unter den gegenwärtigen Umständen der Unfreiheit, während die Arbeiten des Auswärtigen Amtes suspendieren lassen, bis wieder Ruhe und Ordnung in Berlin hergestellt ist.

Sür die Regierung

Darmstadt, 7. Januar.

Der Volksrat der Republik Hessen hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, daß er auf Grund der jüngsten Berliner Vorgänge und besonders hinsichtlich der dazu erlassenen Maßnahmen der Reichsregierung geschlossen hinter den Regierung Ebert-Scheidemann steht.

Um den Kaiser

Saag, 6. Januar.

Auf Anfrage des Abgeordneten von Ernbach bezüglich des Aufenthalts des deutschen Kaisers in Holland haben der Minister des Innern und der Justizminister geantwortet, daß keine Kommission zur Feststellung der Rechtsstellung des deutschen Kaisers eingesetzt wurde. Die Regierung habe den Rat von Sachverständigen schon angehört, den sie aber als vertraulich betrachte. Der Justizminister würde es nicht für gerecht halten, durch Befragung des Gutachtens der Sachverständigen den Aufschub zu erlösen, daß er etwaigen Entschcheidungen vorgehe.

Deutschnationale Volkspartei und Ostmarkenschutz

Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei ist bei der Reichsregierung um unserer schwer bedrohten Ostmark willen persönlich vorstellig geworden. Er fordert einmal volle Aufklärung über die Verhältnisse im Osten, vor allen Dingen aber, daß die Regierung ihre Macht einsetze, um im Osten die deutsche Bevölkerung zu schützen und um die Polen zu verhindern, die Friedenskonferenz durch Inbesitznahme deutschen Landes für das Königlich Polnische vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die bisherige Haltung der bürgerlichen Parteien an der Regierung sei an die Voraussetzung geknüpft, daß diese auch wirklich Ruhe und Ordnung schaffe. Im Osten könne u. d. h. nicht unmöglich sein, für den Schutz unserer Ostmark müsse es, wenn wirklich die Kruppen vollständig verlagert, gelingen, ein ausreichendes Freiwilligenkorps zusammen zu bringen, namentlich wenn der Schutz des bedrohten deutschen Landes und des ostmärkischen Bürgeriums als Zweck der Aktion in den Vordergrund gestellt werde. Die Befürchtung, daß solches Korps gegen revolutionäre Bestrebungen dienstbar gemacht werden könne, sei vollkommen grundlos und dürfe unter keinen Umständen ein Hindernis sein für die Erfüllung der Regierungspflicht zum Schutze unserer Grenzen sein. Gleich grundlos aber sei es, wenn man etwa die Hoffnung hege, die Ostente werde Deutschland in der Ostmarkenfrage gegen vollendete Tatsachen, die die Polen bis zur Friedenskonferenz mit militärischer Macht geschaffen hätten, ihre Unterstützung leisten. Dazu würden nach den bisherigen Erfahrungen unter Feinde keinen Finger rühren, weder aus Gründen der Macht und der Willkür, noch aus einem eigenen Interesse heraus, Deutschland nicht zu schmer zu schädigen.

Wien, 7. Januar.

Wien, 7. Januar. Gestern mittags entstand auf der Hiperionstraße in Wien ein Brand, dem die Mannschützende zum Opfer fiel. Auf Anfrage teilte das Gendarmerieamt mit, daß vier Flugzeuge aus Frankfurt a. O. der sechs Bomben auf die Station abgeworfen hätten, von denen eine in die Kaiserinmets fiel. Personen seien nicht zu Schaden gekommen. Durch diesen Brand sind vier Personen zu Schaden gekommen, die unter den betroffenen Soldaten große Beunruhigung entstanden. Durch das Eingreifen der maßgebenden Stellen wurden Verhaftungsmahrscheinlichkeiten gegen die umständliche deutsche Bevölkerung von Wien beseitigt.

Die Spartakus-Kundgebungen in Halle

Setzen sich am gestrigen Nachmittage fort. Um 5 Uhr fand abermals eine Demonstration auf dem Marktplatz statt. Ein Unabhängiger machte dem Rathaus die Mitteilung, daß Oberbürgermeister Roste, mit dem verhandelt wird (siehe unten) zur Zeit nicht zu sprechen sei und ihm demzufolge auch die Forderungen der Demonstranten nicht unterbreitet werden könnten. Bürgermeister Seydel gab die Erklärung ab, daß er die Wünsche des Oberbürgermeisters Roste unterbreiten werde und daß eine Magistratsitzung in der Angelegenheit vorher stattfinden würde. Der Vertreter der Demonstranten ersuchte die Menge, sich mit der Erklärung zufriedenzugeben und sich morgen Mittwoch nachmittag um 8 Uhr wieder auf dem Marktplatz einzufinden, um die Antwort des Oberbürgermeisters entgegen zu nehmen. — Während hielt ein Soldat eine Ansprache, in der er u. a. die Mitteilung machte, daß sich

die Sicherheitsstruppe den Demonstranten angeschlossen habe. Er brachte ein Hoch auf Liebknecht und Rosa Luxemburg aus. Während der Ansprache kam ein weiterer Zug von Demonstranten aus der Ulrichstraße und zog durch die Leipziger und Magdeburger Straße. Die Menge auf dem Marktplatz schloß sich ihnen an.

Die ersten Toten

Schon am frühen Nachmittag kam es zu einer weiteren Kundgebung. Eine größere Menge verlangte vor dem „Wettiner Hof“ vom S. Rat Herausgabe von Waffen. Die Forderung wurde abgelehnt. Der Zug bewegte sich dann zur Reil-Kaserne und forderte hier gleichfalls Waffen. Das Ansuchen wurde auch hier abgelehnt. Als die Menge gegen die Kaserne vorbrachte, warf ein Soldat ein Gewehr aus dem Gebäude aus. Ein Angehöriger der Menge wurde durch den Schuß tödlich verwundet.

Auf dem Markt wurden gegen Abend noch mehrere Ansprachen am Söndelbühlma gehalten; die Zuhörer begleiteten die Reden mit teilweise höchst widersprüchlichen und kaiserlichen Bemerkungen. Das Büro der Deutschnationalen Volkspartei in der Neumarktstraße wurde heimlich besetzt. Gegen 11 Uhr kam unter großen Kumulativen die Demonstration in die Halle, warfen die Flugblätter unter Andringen auf Liebknecht auf die Straße und verbrannten sie. Feuerwehr und Streifenleiter waren bald zur Stelle und löschten und zersetzten die Blätter.

In der gestrigen Sitzung des U. und S. Rates ist beschlossen worden, folgende Anfragen an den Magistrat zu richten mit dem Ersuchen, bis morgen mittag um 12 Uhr darauf mit Ja oder Nein zu antworten:

1. Erkennt der Magistrat zu Halle den U. und S. Rat in Halle als einziges Organ der vollenziehenden Gewalt an?
2. Ist der Magistrat zu Halle bereit, alle vom U. und S. Rat geforderten, ihm in geschäftsmäßiger Weise angebotenen Beschäftigungen als für ihn verbindlich anzunehmen und unbefristet zur Ausführung zu bringen?
3. Erkennt der Magistrat zu Halle die Mitglieder des Vollglaubensausschusses des Arbeiterrates Gröbel und Allan als Beigeordnete des U. und S. Rates zu Halle für den Magistrat an?
4. Ist der Magistrat zu Halle grundsätzlich bereit, alle amtlichen Kundgebungen des Magistrats und allen von ihm in politischen, Verfassungs- und militärischen Angelegenheiten geführten Schriftwechseln diesen Abgeordneten vor der Veröffentlichung begl. Vernehmung zur Gegenzeichnung vorzulegen.

Nach während der Sitzung traf eine Antwort des Oberbürgermeisters ein, in der auf die vier Punkte bedingungsweise mit Ja erwidert wurde. Die Vernehmung fand hierdurch nicht befriedigt. Es ist nunmehr

ein Ultimatum an den Magistrat

gerichtet worden, in welchem eine fünfzählige Antwort gefordert wird. Für den Fall, daß diese Antwort bis Mittwoch mittag um 12 Uhr nicht erfolgt, soll der Oberbürgermeister abgesetzt werden.

Friedenschluß Mitte Februar

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Amsterdam, 7. Januar.

Aus London wird gemeldet, daß man in dortigen diplomatischen Kreisen bestimmt mit einer Unterzeichnung des Friedensvertrages bis spätestens Mitte Februar rechnen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland das Friedenswerk nicht beeinträchtigen.

